

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Militärische Umschau

Ungerechtigkeiten im militärischen Beförderungssystem

Es sei gestattet, auf den gleichlautenden Beitrag im Heft 4, Jahrgang 1954, der «Schweizer Monatshefte» kurz zurückzukommen. — Der Einsender hat wohl recht, wenn er die Auffassung vertritt, auch die gegenwärtige Beförderungsordnung führe zu einer Anzahl Ungerechtigkeiten und es sei insbesondere die Beförderung zum Oberstleutnant innerhalb der kombattanten Truppen, verglichen mit den früheren Verhältnissen, außerordentlich erschwert.

Wenn ich persönlich diese Erschwerung nicht billige, so muß auf der anderen Seite doch darauf hingewiesen werden, daß die Beschränkung der Beförderungsmöglichkeiten innerhalb der kombattanten Truppen zum Grade eines Oberstleutnants vor allem aus dem Grunde geschah, weil man auf diese Art und Weise die Rekrutierung von Stabs-Offizieren für die Platz-Kdo.s, Mob.-Stäbe und Stäbe der Ter.-Trp. zu erleichtern hoffte. Soweit dies in dem beschränkten Teil der Armee, den ich zu überblicken vermag, feststellbar ist, hat die Maßnahme zweifellos einen gewissen Erfolg gehabt. Ob sie auf die Dauer von Erfolg sein wird, kann sich erst in einer Reihe von Jahren herausstellen, da Personalveränderungen in der Armee sich erst in längeren Zeiträumen auszuwirken pflegen.

Es scheint mir hingegen, daß die Kritik des Verfassers und seine Unterscheidung in Berufs-Offiziere, Miliz-Offiziere mit Gst.-Ausbildung und Miliz-Offiziere ohne Gst.-Ausbildung und insbesondere auch die verallgemeinerte Behauptung, die letzte Kategorie von Of. werde benachteiligt, über das Ziel hinausschießt.

Maßgebend für die Übertragung des Kdo.s eines Trp.-Körpers ist nach wie vor die persönliche Eignung, wobei in erster Linie Charakter und Tüchtigkeit berücksichtigt werden. Wenn man objektiv die heutigen Truppen-Kommandanten mit denjenigen vergleicht, denen ich im Laufe meiner militärischen Laufbahn begegnet bin, wird sich kaum eine Qualitätsverminderung nachweisen lassen. Man kann im Gegenteil sagen, daß jedenfalls, was die militärischen Kenntnisse anbelangt, gegenüber früher Fortschritte erzielt worden sind.

Soweit ich es übersehen kann, läßt sich eine Benachteiligung der Trp.-Of., die keine generalstäbliche Laufbahn durchlaufen haben, kaum feststellen. Ich gestatte mir diesbezüglich auf die untenstehende Tabelle hinzuweisen. Sie vermittelt selbstverständlich nur ein Bild eines gegenwärtigen Zustandes und ist jährlich gewissen Verschiebungen unterworfen.

Wenn gegenwärtig bei der Besetzung von Rgt.Kdo.s die Berufs-Of. und die Miliz-Of. mit Gst.-Ausbildung stark überwiegen, so ist dies auf die folgenden beiden Umstände zurückzuführen:

Es ist nicht immer möglich, in dem Augenblick, in dem ein Rgt.Kdo. manchmal recht zufällig frei wird, aus einer ganzen Anzahl von Anwärtern eine Auswahl zu treffen. Vielmehr ist es so, daß die Zahl derjenigen Of., die im betr. Augenblick fertig ausgebildet sind und die Eignung für das Kdo. haben, außerordentlich gering ist. Es darf nicht vergessen werden, daß von ungefähr vier Bat.Kdt. der Inf. höchstens einer zum Rgt.Kdt. ausgebildet wird und auf etwa 2 bis 3 Abt.Kdt. der Art. ebenfalls ein einziger.

Der andere Grund liegt darin, daß die Dienstleistung im Generalstab gegenüber der normalen Laufbahn als Trp.-Of. für den betr. Of. ein größeres Opfer bedeutet. Er hat nämlich vermehrte Dienstleistungen auf sich zu nehmen und wird in der Regel jedenfalls nicht früher, sondern häufig erst später als seine Kameraden ein Bat. oder ein Abt.Kdo. erhalten, sonst würde man in den Stäben auf die unentbehrlichen Majore i. Gst. verzichten müssen. Daß Of., die eine derartige Mehrleistung auf sich nehmen, bei gleich guter charakterlicher Eignung gegenüber ihren Kameraden einen gewissen Vorsprung an militärischen Kenntnissen besitzen, liegt häufig in der Natur der Sache. Es dürfte jedoch in keiner Weise nachzuweisen sein, daß solche Of. irgendwie bevorzugt werden.

Den Gesichtspunkt, daß irgendeine proportionelle Vertretung der vom Verfasser genannten drei Kategorien von Stabs-Of. stattfinden sollte, halte ich für abwegig, da man damit gerade das Prinzip der Auswahl nach Tüchtigkeit durchbrechen würde.

Wenn es schließlich vorkommen mag, auch bei uns, daß Beziehungen einen Einfluß auf eine Beförderung haben können, so ist dies sicher eine Ausnahmererscheinung, denn praktisch ist es vielmehr so, daß diejenigen verschiedenen Instanzen, die über die Weiterausbildung eines Of. zu entscheiden haben, sich doch wohl kaum durch Sympathien oder Antipathien leiten lassen; sie stellen vielmehr ab auf die Auffassung der Vorgesetzten des Betreffenden und auf ihren persönlichen Eindruck. Es scheint mir infolgedessen recht unwahrscheinlich und trifft wohl nur in Ausnahmefällen zu, daß es einem Of. gelingen könnte, drei oder vier verschiedene Vorgesetzte durch Beziehungen zu beeinflussen.

Stand und Herkunft von Kdt. von Trp.-Körpern innerhalb eines Kdo.-Bereiches

	Berufs-Of. mit Gst.-Ausbildung	Miliz-Of. mit Gst.-Ausbildung	Miliz-Of. ohne Gst.-Ausbildung
<i>Infanterie:</i>			
Bat.Kdt.	1	3	8
Rgt.Kdt.	2	—	1
<i>Artillerie:</i>			
Abt.Kdt.	—	1	7
Rgt.Kdt.	2	1	—

Georg Züblin

Bericht aus England

Koalitionen und Allianzen sind in unserem Zeitalter der Demokratie und der Weltpolitik weit schwerer zusammenzuhalten als im 18. oder selbst im 19. Jahrhundert, wo es im wesentlichen nur auf die Wünsche und den Willen der Monarchen ankam. War der Fürst einmal für ein Bündnis gewonnen, so folgte ihm sein Land fast stets widerstandslos. In der Regel war das Volk gar nicht in der Lage, die Politik seines Monarchen zu beurteilen: die Diplomatie war eine geheime Kunst, in deren Wege einzudringen nur dem Eingeweihten erlaubt war. Wie anders heute! Jeder Zug auf dem diplomatischen Schachbrett wird von der Öffentlichkeit beobachtet, von der Opposition belauert und von der Presse kommentiert und in das Scheinwerferlicht der Schlagzeilen gerückt. Der Präsident

des mächtigsten Staates der Erde stellt sich allwöchentlich dem Examen einer Korona von Journalisten, die speziell darauf trainiert sind, ihre Fragen möglichst verfänglich zu gestalten, und er muß schon sehr gewandt und seiner Sache sehr sicher sein, wenn er nicht gelegentlich eine Antwort gibt, die sofort um die ganze Welt kreist und daheim und draußen zu den hitzigsten Debatten und gewagtesten Prognosen Anlaß gibt. Dieselbe Funktion vollführt in Großbritannien die Opposition in der Fragestunde des Unterhauses, und in Frankreich weiß die Regierung, die einen Vertrag von lebenswichtigster Bedeutung abgeschlossen hat, so wenig, ob das Land ihr folgen wird, daß sie zwei Jahre lang nicht wagt, seine Ratifikation im Parlament zur Abstimmung zu stellen.

Das alles ist ebenso erklärlich, wie es im Einzelfall gefährlich ist. Mögen die drei westlichen Großmächte grundsätzlich auch völlig darüber einig sein, daß sie der kommunistischen Gefahr die Stirn bieten müssen und daß sie es nur im Bündnis miteinander wagen können — im Einzelfall sind die Interessen und Forderungen der einzelnen Völker zu verschieden, als daß sie das konkrete Problem im gleichen Licht sehen könnten, und es bedarf im besten Fall langer Verhandlungen und gegenseitiger Konzessionen, ehe eine leidlich einheitliche Front hergestellt werden kann. «Interessen» sind dabei natürlich nicht nur im wirtschaftlichen Sinne zu verstehen. Die Frage, die zuletzt zu den leidenschaftlichsten Auseinandersetzungen in der englischen und amerikanischen Öffentlichkeit geführt hat, die Zulassung des kommunistischen China zu den «Vereinten Nationen», ist ganz gewiß keine wirtschaftliche, sondern eine hochpolitische Frage.

Die aktuelle Frage, welche die Westmächte heute in erster Linie beschäftigt,

die Beendigung des Krieges in Indochina,

hat der englischen Regierung die äußerst schwierige Rolle des Vermittlers zwischen seinen beiden Bundesgenossen, Frankreich und den Vereinigten Staaten, aufgedrängt. Man darf es als ein Glück für die ganze westliche Welt bezeichnen, daß an ihrer Spitze jetzt zwei Männer stehen, welche diese Rolle meistern können. Daß der fast achtzigjährige Churchill über den Ozean flog, um in persönlicher Aussprache mit Eisenhower so viel Schwierigkeiten und Mißverständnisse wie nur möglich zu beseitigen, hat nicht nur seine zahllosen Bewunderer mit gesteigerter Achtung und Dankbarkeit erfüllt. Aber man soll auch nicht seinen Begleiter und Mitarbeiter, den Außenminister Eden, vergessen, dessen unermüdliche Geduld und gesunde Vernunft am Verhandlungstisch und im vertraulichen Gespräch so manche Leidenschaft beschwichtigt und so manchen Stein aus dem Wege zu räumen geholfen hat. Er darf sich nach allem, was bekannt geworden ist, einen großen Teil des Verdienstes daran zumessen, wenn die zeitweilig so schroffe Haltung der amerikanischen Regierung sich soweit gemildert hat, daß Staatssekretär Dulles nach Paris zur Verhandlung mit ihm und dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France kam und sein Unterstaatssekretär Bedell Smith nach Genf zurückkehrte. Die Opposition im englischen Unterhaus ließ etwas von der sonst traditionellen Rücksicht vermissen, als sie die Diskussion über die auswärtige Politik an einem Tage erzwang, an dem Eden als Vertreter des Königreichs fern von England festgehalten war.

So fiel die Hauptrolle in dieser Debatte wieder dem Premierminister zu. Den stärksten Akzent legte er auf den festen Zusammenhalt zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Wenn er dabei die Rede Attlees, der als Führer der Opposition vor ihm gesprochen hatte, als «ein langes Gejammer der Kritik an den Vereinigten Staaten» bezeichnete, so trug ihm das heftigen Widerspruch ein und erschien auch manchem Unparteiischen nicht gerecht; denn Attlee hatte mit großer Mäßigung gesprochen, was Churchill auch anerkannte. Trotzdem ist

dieser Tadel nicht unberechtigt; denn Attlee hat sich wieder einmal zu sehr von der Rücksicht auf den aufrührerischen linken Flügel seiner Partei um Bevan bestimmen lassen. Deshalb griff er z. B. die Vereinigten Staaten wegen ihres Widerstandes gegen die Zulassung des roten Chinas in die «Vereinten Nationen» an, obwohl er nachher auf eine Anzapfung Churchills zugab, daß auch er im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts davon wissen wolle. In der Debatte zeigte sich aber, daß die gereizten Beschwerden gegen die Amerikaner, wie sie Bevan und seine Freunde sowie das Organ der sozialistischen Intellektuellen, der «New Stateman», unaufhörlich vorbringen, keineswegs die allgemeine Stimmung der Labour-Partei repräsentieren.

Der Abgeordnete für East Ham, einem Wahlkreis des radikalen Londoner Ostens, Daines, war so mutig, seine Partei an ihre Fehler in den dreißiger Jahren zu erinnern, als man sich scheute, etwas Kritisches über Hitler zu sagen aus Angst, ihn zu provozieren. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen diejenigen, welche es so darzustellen suchen, als ob die Amerikaner die Hauptschuld an der heutigen gefährdenden Situation trügen. Nur durch das engste Einvernehmen zwischen England und den Vereinigten Staaten sei es möglich, den Frieden der Welt zu erhalten. Er warnte vor der Überschätzung der «Vereinten Nationen» und sagte:

«Wir halten uns selbst zum Narren, wenn wir nicht einsehen, daß in der Politik die Macht den Ausschlag gibt.»

Würde England sich von Amerika trennen, so wäre ein dritter Weltkrieg unausbleiblich. Derselben Überzeugung gab der Abgeordnete Evans Ausdruck, der schon unter der Labourregierung die Unabhängigkeit seiner Überzeugung bewiesen hatte. Er nannte die Amerikaner das freigebigste Volk der Welt. «Niemand hat es dergleichen in der Geschichte gegeben.» Dem linken Flügel seiner Partei schrieb er die folgenden Worte ins Stammbuch: «Die Ekstase der Unverantwortlichkeit ist eine der beliebten Tröstungen einer britischen Opposition, und sie ist besonders beliebt bei einer Opposition innerhalb der Opposition.»

Das waren mannhafte Worte, die aber zugleich zeigen, wie gespalten die Arbeiterpartei in den grundlegenden Fragen der auswärtigen Politik ist. Freilich gibt es auch bei den Konservativen Differenzen, nur sind sie nicht so weitreichender Natur. Auch sie kamen in der Debatte über die auswärtige Politik zum Ausdruck, als sie sich mit den englisch-ägyptischen Verhandlungen über den Suez-Kanal beschäftigte. Es gilt jetzt als sicher, daß die englische Regierung bereit ist, alle uniformierten Truppen aus der Kanalzone zurückzuziehen und nur noch technische Beamte zur Aufrechterhaltung der Anlagen dort zu belassen. Das stößt auf den energischen Widerstand etwa einer vierzig Mann starken Gruppe von konservativen Abgeordneten, die sich auch durch eine persönliche Ansprache des Premierministers nicht haben umstimmen lassen. Einer von ihnen ist sogar soweit gegangen, seinen Austritt aus der Fraktion zu erklären. In der Rede, die er zur Begründung dieses Schrittes hielt, warf er den Generälen, welche die Räumung befürwortet hatten, vor, sie hätten deren politische Folgen vollkommen vernachlässigt. Sie würde in der ganzen arabischen Welt als eine Kapitulation angesehen werden. So unangenehm diese Revolte in der konservativen Partei für die Regierung ist, so bedroht sie doch keineswegs die Annahme eines Abkommens, das zwischen ihr und der ägyptischen Militärregierung zustande kommen sollte. Nicht nur die Mehrheit der Konservativen, sondern auch die Arbeiterpartei würde dafür stimmen.

Weder die Regierung noch die Opposition kann mit Freude an den jetzt abgeschlossenen Kampf um die

Erhöhung der Gehälter der Abgeordneten

zurückdenken. Beide Teile haben sich nicht mit Ruhm bedeckt. Die Regierung hat zunächst die Abstimmung über den Antrag, das Gehalt von £ 1000 auf £ 1500 zu erhöhen, ihren Anhängern freigegeben. Infolgedessen stimmte ein Teil von ihnen mit der Labourpartei dafür, so daß der Antrag mit erheblicher Mehrheit angenommen wurde. Anscheinend neigte Sir Winston Churchill dazu, sich diesem Votum zu unterwerfen, wobei er sich wohl von dem Gefühl leiten ließ, daß mancher unbemittelte Abgeordnete — besonders in den Reihen der Opposition — diesen Zuschuß sehr gut gebrauchen könne. Nun aber rebellierte die Mehrheit der Konservativen, die diesmal die Volksstimmung auf ihrer Seite hatte; denn bei der Bevölkerung ist der Gedanke, daß die Abgeordneten sich eine fünfzigprozentige Erhöhung in die eigene Tasche votierten, durchaus unpopulär. Anscheinend hat sich auch die Mehrheit des Kabinetts auf ihre Seite gestellt, und Churchill gab nach. Da eine neue Ausgabe nur auf Antrag der Regierung bewilligt werden darf, war diese Haltung konstitutionell korrekt. Allein das Hin und Her machte natürlich einen ungünstigen Eindruck. Nun aber reagierte die Labourpartei darauf wie gekränkte Kinder, die schreien: «Ich spiele nicht mehr mit.» Nicht nur, daß sie sich weigerte, mit der Regierung über eine von dieser angebotene Ersatzlösung zu diskutieren — sie verbot auch das für das Funktionieren des Parlaments unentbehrliche «Abpaaren» von Abgeordneten der beiden Seiten. Genützt hat ihr das gar nichts: die Mehrheiten der Regierung bei den Abstimmungen sind größer als zuvor, und die Kritiker der Arbeiterpartei spotten, daß die persönlichen Interessen ihrer Abgeordneten sie mehr in Harnisch bringen als grundsätzliche Fragen. In der Sache selbst hat die Regierung den Ausweg gefunden, für jeden Sitzungstag ein zusätzliches Taggeld von £ 2 zu gewähren. Das kommt ungefähr auf die Hälfte dessen hinaus, was der ursprüngliche Antrag gekostet hätte.

Erich Eyck

Bericht aus der Deutschen Demokratischen Republik

Periode der Transformation

Offensichtlich durchläuft der Kommunismus in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands — in Übereinstimmung mit der sowjetischen Außenpolitik in der deutschen Frage — eine Periode der Transformation. Die Konturen sind verschwommen, da sowohl die Schicksale der Sowjetzone als auch diejenigen der Deutschen Bundesrepublik mit dem gegenwärtigen Stand der Weltpolitik unlösbar verkoppelt sind, und zwar stärker als jene irgend eines beliebigen Landes in Europa. Die politische Linie der Monopolpartei in Ost- und Mitteldeutschland, der «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands», wird bestimmt durch jene Haltung, welche die Sowjets auf der Berliner Viererkonferenz im Frühjahr dieses Jahres einnahmen. Diese Haltung schloß prinzipiell die Einheit Deutschlands mit Hilfe freier und geheimer Wahlen aus, versperrte aber nicht den Weg zu einer Reihe agitatorischer bzw. taktischer Manöver. Die Sowjets zielen offensichtlich auf eine neue Konferenz in der deutschen Frage hin, in deren Mittelpunkt der bereits auf der Berliner Konferenz präsentierte kollektive Sicherheitspakt für ganz Europa stehen soll. Dies ist eine zentrale Frage in der Arbeit der deutschen Kommunisten. Bei der Vorstellung des früheren Generalfeldmarschalls *Paulus* in der ersten Juliwoche auf einer Pressekonferenz in Ostberlin betonte der offizielle Sprecher der DDR-Regierung, Prof. *Albert Norden*, daß Verhandlungen über

Deutschland das Problem Nr. 1 der Politik der Deutschen Demokratischen Republik seien. Weder im Frühjahr noch jetzt haben die Sowjets die Tür in der deutschen Frage endgültig zugeschlagen. Sie haben dies nicht getan, sie werden dies auch nicht in absehbarer Zukunft tun.

Die wesentliche Voraussetzung jeder kommunistischen, d. h. sowjetischen Politik in Deutschland ist der Besitz von Ost- und Mitteldeutschland. In der Nr. 1/1954 des Kominform-Organs «Für dauerhaften Frieden, Für Volksdemokratie», Bukarest, schrieb der erste Sekretär der SED, *Walter Ulbricht*, daß «die politische und wirtschaftliche Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik» die «grundlegende Aufgabe» der Kommunisten sei. Er betonte, daß «die Wiedervereinigung nicht plötzlich erfolgen kann, sondern das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der friedliebenden und patriotischen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland sein wird».

Da gegenwärtig in der offiziellen Sphäre der Politik keine Möglichkeiten einer direkten Beziehung bzw. Fühlungnahme zwischen Bonn und Berlin-Pankow bestehen, konzentrieren die Kommunisten ihre Arbeit wesentlich auf drei Gebiete: 1. die traditionelle Methode wendet sich an die Arbeiter der Bundesrepublik. Man ladet Arbeiter-Delegationen aus westdeutschen Betrieben ein, führt sie durch die Unternehmen der DDR, um ihnen einen Beweis für «den sozialistischen Aufbau» zu liefern. Unternehmen dieser Art sind sorgfältig präpariert, ihre Teilnehmer sind vorzüglich westdeutsche Kommunisten, bzw. solche Männer und Frauen, die eine psychologische Bereitschaft mitbringen, sich vom «Aufbau des Sozialismus» überzeugen zu lassen. Diese Methode ist aber nicht die wesentliche. Der Kommunismus in der Bundesrepublik ist innerhalb der Arbeiterklasse geschlagen. Das weiß Pankow, das wissen noch besser die Sowjets. Also ist es viel bedeutungsvoller, sich an bürgerliche Schichten zu wenden, die ein wirtschaftliches Interesse an der DDR bzw. an der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern haben. In der Sphäre des Handels vollziehen sich legale und illegale Transaktionen mannigfaltiger Art. Für die Politiker von Pankow ist zwar der wirtschaftliche Effekt bedeutungsvoll, primär steht aber die politische Frage. Profite im Osthandel sollen zu einer Aufweichung der politischen Moral führen. Die dritte Methode ist der Appell an den Patriotismus, das Entfachen anti-amerikanischer Gefühle, die Herstellung von Verbindungen von Militärs der Sowjetzone zu solchen der Bundesrepublik usw. Diese Methode ist wenig erfolgreich, da die Legitimation der Kommunisten in patriotischer Hinsicht nicht überzeugt.

Sind dies politische Ausstrahlungen aus der DDR nach außen, so gibt es natürlich auch umfangreiche Bemühungen, die Bevölkerung der Zone selbst in einer fortdauernden politischen Erregung zu halten. Nach der Viererkonferenz trat eine Periode großer Passivität ein, die auch weite Teile des Parteiapparates einschloß. Obschon die Bevölkerung durch eine bittere Schule des Realismus gegangen ist und bei der bekannten Haltung der Sowjets nicht auf eine Freigabe ihrer Zone durch diese rechnete, gab es doch Elemente einer zwar unklaren, aber starken Hoffnung. Die SED hat sofort diesen Abfall in der Stimmung bemerkt und versucht seit Monaten das durch die negative Deutschland-Politik der Sowjets entstandene Vakuum auszufüllen. Zu dieser «Ausfüllung» diente auch der Volksentscheid vom 27., 28. und 29. Juni. Er wurde nach dem Muster durchgeführt, das für alle von Kommunisten kontrollierten Länder Gültigkeit besitzt: die Resultate sind vorher bekannt. Die Fragestellung selbst, für oder gegen die EVG-Verträge, den Abzug der Besatzungstruppen, eine 50jährige Besetzung Deutschlands, trug ausgesprochen demagogischen Charakter.

Da weder die Sowjets noch die SED bereit sind, reale Konzessionen in der deutschen Frage zu machen, führen sie diese fiktive Politik à la Volksentscheid durch. Sie haben ein Fließband für Kongresse geschaffen, auf dem seit Wochen eine ständige Produktion von Zusammenkünften aller Art abläuft. Es gab eine

Tagung des Weltfriedensrates in Berlin, eine europäische Jugendkonferenz, eine europäische Arbeiterkonferenz, einen Kongreß der Frauen aus Ost- und Westdeutschland, unter internationaler Beteiligung, es gab das Pfingsttreffen der kommunistischen Jugend und eine Tagung des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes für die europäischen Länder, der sich in der Hauptsache mit der deutschen Frage beschäftigte; es gab Dichtertreffen und kulturelle Bemühungen. Alle diese Veranstaltungen hatten einen monotonen Grundton: gegen die EVG, für den europäischen Sicherheitspakt der Sowjets. Sie sollten, national und international, eine Geneigtheit zu einer gesamtdeutschen Verständigung bezeugen. Diese unechte politische Betriebsamkeit trägt einen hektischen Charakter, geht zum großen Teil über die Köpfe der Bevölkerung hinweg und befriedigt selbst die kommunistischen Parteikader nicht. Es sind politische Ersatzbefriedigungen, welche die gegenwärtige Transformationsperiode in Mittel- und Ost-Deutschland ausfüllen. Sie gelten für die Beziehungen zur Bundesrepublik und für die politische Psychologie der Zone selbst.

Die ökonomische Situation

Diese sollte wesentlich durch den «neuen Kurs» bestimmt werden. «Der neue Kurs stellt unserer Wirtschaft die Aufgabe, die Produktion von Konsumgütern maximal zu steigern.» Diese ist jedoch nur möglich, wenn die notwendigen materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. (Otto Grotewohl vor Bergarbeitern der Wismut AG, Anfang Juli.) Über den Plan hinaus hat sich die SED das Ziel gesetzt, im Jahre 1954 eine Mehrproduktion von Massenbedarfsgütern im Werte von einer Milliarde Ostmark zu erzeugen. Das Jahr ist zur Hälfte herum, von einer Mehrproduktion von bis jetzt 500 Mio Ostmark kann nicht die Rede sein. Man ging bei dieser beschlossenen Mehrproduktion mechanisch-administrativ vor, indem man allen Bezirken der DDR bzw. den Hauptwerken in diesen Bezirken ein bestimmtes Soll auferlegte. Das bedeutet, daß die Betriebe, deren Produktion mindestens für ein Jahr geplant ist, eine nicht geplante Mehrproduktion zum größten Teil betriebsfremder Produkte erzeugen sollen, sich um die dafür notwendigen Rohstoffe bemühen müssen, da für die Mehrproduktion keine Rohstoffe einkalkuliert sind und schließlich die notwendigen Arbeitskräfte bereitstellen müssen. In einer bürokratischen Planwirtschaft müssen Beschlüsse solcher Art, die aus einem politischen Bedürfnis geboren werden, sofort zu größten Störungen im Produktionslauf führen. Dies geschah denn auch prompt. Aus Abfallprodukten der normalen Produktion, aus Altstoffen und Sammelergebnissen läßt sich eine Mehrproduktion von einer Milliarde Ostmark nicht erzeugen.

Der wesentlichste Engpaß, der sich in der Wirtschaft der Sowjetzone im letzten halben Jahr herausgebildet hat, ist die Energiewirtschaft. Wir zitieren aus der oben erwähnten Rede von Otto Grotewohl: «Das Zurückbleiben der Brennstoff- und Energiebasis der Deutschen Demokratischen Republik hinter den Erfordernissen der Wirtschaft und der Bevölkerung muß beseitigt und ein Entwicklungsvorsprung dieser Zweige gegenüber anderen Zweigen der Volkswirtschaft erreicht werden.» Das SED-Organ «Neues Deutschland» berichtete Anfang Juli, daß es auch im zweiten Quartal 1954 nicht gelungen sei, die Rückstände des ersten Quartals aufzuheben. Der Minister für Schwerindustrie, Fritz Selbmann, bezeichnete nach dem Bericht der «Berliner Zeitung» (einem nicht-offiziellen SED-Organ) die Erfüllung des Energiebauprogramms im ersten Quartal 1954 als «absolut unbefriedigend». Man habe gegenüber 1953 zwar eine Kapazitätsausweitung um 5% erreicht, diese reiche aber bei weitem nicht aus. Selbmann erklärte: «Bei einem bis Ende 1954 vorgesehenen Kapazitätswachst von 741 000 Kilowatt ist die bis Ende des zweiten Quartals 1954 in Probetrieb genommene Kraftwerksleistung von 169 350 Kilowatt völlig unzureichend. Laut Plan hätte einschließ-

lich der Überhänge von 1953 etwa die doppelte Kapazität fertiggestellt sein müssen. Verzögerte Inbetriebnahme neuer Aggregate, Terminverschiebungen der Maschinenbaubetriebe, Nichterfüllung des Generalreparaturplanes, ungenügende Organisation und mangelhafte Mobilisierung der Arbeiterkontrolle sind die Hauptquellen der ungenügenden Planerfüllung.» Man gewinnt aus dieser Erklärung ein bemerkenswertes Bild der sowjetzonalen Planwirtschaft, welche, wie die Erklärungen Selbmanns zeigen, weitgehend durch Planlosigkeit charakterisiert wird.

Der Bergbau, die Elektrizitätswirtschaft, die Produktion der Massengüter, die Produktion für den Export bleiben hinter den geplanten Zielen zurück. Ungünstig ist auch die Situation der Landwirtschaft. In dem fast vollständig agrarischen Bezirk Neubrandenburg in Mecklenburg z. B. ist gegenwärtig — und das gilt für die meisten Bezirke der Republik — ein starker Mangel an Kartoffeln vorhanden, der sich bis zum Beginn der neuen Ernte weiter verschärfen wird. In den ca. 80 Dörfern des Bezirks sind 70—90% des Rindviehbestandes von der Tuberkulose befallen. Die Abdeckerei in Neubrandenburg arbeitet in drei Schichten, um die Kadaver zu verwerten. Die Schweinepest ist stark verbreitet. Landleute aus dieser Gegend berichten von einem schlechten Stand des Getreides und von einer außerordentlichen Verunkrautung der Kartoffelfelder. Hinzu kommt, daß hier, wie auch in anderen Teilen der Sowjetzone, viele der Altbauern ihre Höfe verlassen haben und die Felder heute entweder gar nicht oder sehr mangelhaft bestellt sind.

Ostberlin wird bei der Belieferung mit landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere auch mit Gemüse, bevorzugt. Dagegen offenbaren Berichte aus der Provinz eine direkte Mangellage. Seit ca. 5 Wochen ist das im letzten Sommer ergangene Verbot aufgehoben, nach welchem auf Fleischmarken keine Ersatzprodukte, etwa Fische — was vorher allgemein üblich war —, geliefert werden durften. Jetzt dürfen Fische an Stelle von Fleisch gegeben werden, wobei es sich um kleine Weißfische handelt. Fett ist wieder knapp geworden, und selbst in den staatlichen H(andels) O(rganisationen) bekommt man nur $\frac{1}{2}$ Kilo Margarine, dessen Empfang durch einen Stempel auf der Lebensmittelkarte bestätigt wird, um einen weiteren Kauf innerhalb der darauffolgenden drei Wochen auszuschließen. Allgemein ist zu sagen, daß die materielle Lage gegenüber der Situation unmittelbar vor dem 17. Juni des vergangenen Jahres ein wenig besser geworden ist, aber gerade gegenwärtig, vor der neuen Ernte, alle Züge einer Mangellage trägt. Von einer Realisierung des «neuen Kurses» in der Ökonomie kann keine Rede sein.

Kulturelles

Auf kulturellem Gebiet waren bemerkenswert das Auftreten der sowjetischen Ballettkünstler in Ostberlin — nachdem sie in Paris keine Möglichkeit des Auftretens gefunden hatten —, die auch aus den Westsektoren der Stadt starken Zulauf hatten. In den Kinotheatern der Sowjetzone erschien der Film «Ernst Thaelmann». Seine Massenszenen erinnern an frühe russische Filme; was die historische Treue anbelangt, gehört der Film zum großen Teil in den Bereich der politischen Fälschung. Er macht aus Thaelmann, der während des Bündnisses zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion sehr leicht aus dem NS-Gefängnis hätte befreit werden können, eine legendäre Figur.

Neue Wahlen

Für den 17. Oktober hat die Zonenregierung, auf Wunsch der SED, die Wahlen zur «Volkskammer» und zu den «Bezirkstagen» angeordnet. Die nächste politische Phase wird von der Agitation für diese «Wahlen» erfüllt sein. So dauert die Periode der Transformation an.

Bericht aus Hongkong

Wir befanden uns auf der Brücke, die je zur Hälfte zur britischen Kolonie Hongkong und zu Rotchina gehört. Hinter uns flatterte der «Union Jack», die britische Flagge, und vor uns die rote Fahne der Chinesischen Volksrepublik. An der Barriere waren zwei rotchinesische Soldaten postiert, die, breitbeinig und bewegungslos dastehend, mit halb grimmigem, halb leerem Blick in unsere Richtung starrten. Ihnen gegenüber standen auf nur zwei bis drei Meter Entfernung drei chinesische Polizisten der Hongkong-Polizei, besser uniformiert und sich lässiger und natürlicher haltend; das Wachfiguren- und Klischeehafte der Soldaten auf der anderen Seite fehlte ihnen völlig. Es gab keinen Gruß über die Barriere, kein Wort — nur Schweigen. Als ein rotchinesischer Offizier auftauchte, fragte ich schließlich einen der beiden uns begleitenden britischen Polizei-Offiziere: «Grüßt man sich denn nicht an dieser Grenze?» Die Antwort lautete: «Nein, niemals. Aber es ist nicht unsere Schuld; sie wollen einfach nicht mit uns sprechen.»

Wenn man an dieser unerbittlichen Grenze steht, muß man unwillkürlich an die Stimmung in Hongkong selbst zurückdenken. Dort herrscht teilweise, was China betrifft, immer noch ein beträchtlicher Optimismus. Denn Hongkong ist eine Handelsstadt, ja eine handels-versessene Stadt, die unter allen Umständen Geschäfte machen will. Manche Kaufleute wiegen sich in Träumen und wollen es nicht recht wahr haben, daß es mit dem alten Chinahandel aus oder jedenfalls weitgehend aus ist. «Vielleicht handelt es sich in China gar nicht um den richtigen Kommunismus. Das Land kann sich entwickeln», so heißt es etwa. Und: «Zukunftsvertrauen ist das Hauptmerkmal Hongkongs», erklärte mir Sir Alexander Grantham, der Gouverneur der Kolonie. Was spiegelt nun die wahren Verhältnisse richtiger wieder: der Eiserne Vorhang an der Grenze oder die Hoffnungen der Geschäftswelt?

Handelszentrum — nicht strategische Position

Hongkong ist seit über hundert Jahren eine britische Kolonie, die aus der Insel Hongkong mit der Hauptstadt Victoria, einigen kleineren Inseln und den sogenannten «Neuen Gebieten» besteht, die auf dem chinesischen Festlande liegen. Die «Neuen Gebiete» wurden erst 1899 von England für 99 Jahre gepachtet, könnten daher — im Gegensatz zum alten Hongkong — 1998 ohne weiteres an China zurückfallen.

Die Engländer haben die kleinen Inseln einst, des Chinahandels wegen, besetzt, und des Handels wegen besteht die Kolonie heute noch. Hongkong ist, im Gegensatz etwa zu Singapur, nicht von überragender strategischer Bedeutung, und die Verteidigung dieses Gebietes braucht daher keine übermäßigen Sorgen zu bereiten. Abgesehen davon ist diese Frage augenblicklich nicht von aktueller Bedeutung, denn das Peking-Regime scheint vorläufig keine Neigung zu besitzen, sich wegen Hongkong in gefährliche Abenteuer zu stürzen. Korea, Indochina und Formosa sind, vom rotchinesischen Standpunkt aus betrachtet, von weitaus größerer Bedeutung.

Der Flüchtlingsstrom

Hongkong hat sich seit dem zweiten Weltkriege beträchtlich verändert und entwickelt. Victoria und Kowloon bilden heute eine Großstadt mit modernen Hochhäusern, einem vorzüglichen Verkehrswesen und einem unbeschreiblichen nächtlichen Lichtermeer. Nur die Natur und die Landschaft sind unverändert

geblieben, die herrlichen, mit grünen Hügeln bedeckten Inseln und Halbinseln und die zahllosen malerischen Meeresbuchten.

Die neuerliche Entwicklung der Kolonie ist nicht zuletzt auf den enormen Bevölkerungszuwachs zurückzuführen, der auf dem Zustrom von chinesischen Flüchtlingen beruht. Hongkong hatte vor dem zweiten Weltkriege rund 850 000 Einwohner; doch dann schrumpfte diese Zahl infolge der japanischen Besetzung (Dez. 1941) auf 500 000 im Jahre 1945. Seither hat sich die Zahl im Zuge der kommunistischen Überrennung Chinas verfünffacht und beträgt heute 2,5 Millionen. Davon sind rund 99 Prozent Chinesen. Inzwischen mußte wegen der Überfüllung der Kolonie die Bremse angezogen werden, so daß es heute für die Chinesen nicht mehr leicht ist, die Einreisebewilligung zu erhalten.

Entwicklung der Industrie

Das Problem, das sich der Hongkonger Verwaltung in den letzten Jahren stellte, war folgendes: Lohnt es sich, in Anbetracht des gewaltigen Bevölkerungszustroms, die Kolonie weiter zu entwickeln und auszubauen oder ist das sinnlos, weil die Möglichkeit besteht, daß die chinesischen Kommunisten eines Tages auch Hongkong überrennen? Die britischen Behörden sind einen Mittelweg mit leicht optimistischer Betonung gegangen. Zwar herrscht immer noch Wassermangel und trotz aller Neubauten eine bedenkliche Wohnungsnot (zuweilen hausen 20 Chinesen in einer winzigen Wohnung, und selbst die Balkone werden gesondert vermietet), doch soll demnächst ein weiteres Wasserreservoir angelegt und der Bau von Kleinwohnungen gefördert werden. Desgleichen ist die Erweiterung des Flugplatzes geplant sowie die Errichtung eines großen und repräsentativen neuen Stadthauses.

Die Industrie und das Gewerbe haben sich in den letzten Jahren, nicht zuletzt mit Hilfe des chinesischen Fluchtkapitals, bedeutend entwickelt. War Hongkong früher ein Umschlagplatz für den Ostasienhandel und eine Reparaturwerkstatt für Schiffe, so beruhen 1953 bereits 30 Prozent seines Exportes auf eigener Produktion.

Hoffnungen auf den Chinahandel

Die großen Hoffnungen Hongkongs liegen auf dem Gebiete des Chinahandels, mit dessen entscheidender Wiederbelebung in manchen Kreisen gerechnet wird. Nur wenige Kaufleute haben nüchtern erkannt, daß in China ein dem Handel, d. h. insbesondere dem Handel mit dem Westen, feindlich gesinntes Regime herrscht. Man gewinnt zuweilen den Eindruck, daß die Rußlandkenner ein besseres Urteil über das rote China besitzen als die «old China-hands». Diejenigen, die Sowjetrußland kennen, mögen sich in einigen Einzelheiten irren, nicht aber im Prinzip, während die Chinakenner, die in der marxistischen Lehre meist unbewandert sind, allzuviel von den chinesischen Traditionen und von ihrer Kenntnis des chinesischen Wesens sprechen, so als ob überhaupt keine Revolution stattgefunden hätte. Tatsache ist, daß der Handel mit dem Westen heute nur noch etwa einen Fünftel des Handels in den Blütejahren ausmacht, d. h. in der Zeit vor dem Chinesisch-Japanischen Konflikt und vor dem zweiten Weltkriege. Und das, obwohl dieser Handel im letzten Jahre beträchtlich zugenommen hat (woran Westdeutschland den Hauptanteil hatte). Chinas Warenaustausch findet heute vor allem mit dem Sowjetblock statt. Diese Tendenz wird sich in Zukunft noch verstärken, wenn China auch, ebenso wie es das bisher getan hat, gelegentlich gewisse Waren im Westen einkaufen wird, falls sich dies als praktischer und billiger erweist oder der Sowjetblock diese Güter nicht zu liefern vermag. Die von dem Pekingregime letzthin an den Tag gelegte Bereitschaft, Handelsabkommen abzuschließen, ist sicherlich vor allem auf politische Motive zurückzuführen.

Es ist aber fraglich, ob der Umschlagplatz Hongkong nach wie vor von diesem beschränkten Handel einen großen Vorteil haben wird. Die rotchinesischen Behörden ziehen es im Prinzip vor, mit den Ursprungsländern zu verhandeln und die Waren dann unter Ausschaltung Hongkongs direkt nach Schanghai oder Tientsin kommen zu lassen. Auch diese Tendenz wird sich vermutlich noch deutlicher ausprägen. Zur Ehre der britischen Kolonie sei es vermerkt, daß die vielen Berichte über den illegalen Handel Hongkongs mit China als ungerechtfertigt erscheinen. Die hiesige Verwaltung hält eine scharfe Kontrolle darüber, daß das Uno-Embargo gegen Rotchina, welches die Lieferung von strategischen Materialien betrifft, streng eingehalten wird. Ein solcher illegaler Handel besteht, aber er geht selten über Hongkong, eher etwa über Ost-Berlin.

Rote Propaganda wirkungslos

Die Stimmung unter den in Hongkong lebenden Chinesen hat in den letzten Jahren eine Wandlung durchgemacht, wovon die jetzt bei festlichen Gelegenheiten wehenden zahlreichen chinesischen Nationalflaggen ein anschauliches Zeugnis ablegen. Als Mao Tse-tung in den Jahren 1948 und 1949 China eroberte, waren die Hongkong-Chinesen, müde der korrupten Kuomintang-Wirtschaft, prokommunistisch eingestellt und flaggten rot — doch das hat sich völlig geändert. In Hongkong, der liberalen Oase am Rande Chinas, treffen zu viele Nachrichten über das brutale Terror-Regime auf dem Festlande ein, als daß die rote Propaganda — außer bei einem Teil der Jugend — verfangen könnte.

Hier in Hongkong wird es einem, ebenso wie in Bangkok, Saigon und andern Orten, klar, daß es falsch ist und dem Willen der asiatischen Völker nicht entspricht, den Kommunisten in defaitistischer Weise das Feld zu überlassen oder ihnen allzu große Konzessionen zu machen. Uns scheint es, daß die eisige Atmosphäre an der Grenze zwischen Hongkong und Rotchina den wahren Gegensatz treffender widerspiegelt als der handelsversessene Optimismus gewisser Kreise.

Lily Abegg